

Antrag

der Abg. Simone Kirschbaum u. a. SPD

Umwandlung von Büroflächen-Leerstand in Wohnungen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie groß der Leerstand bei Büroflächen aktuell in Baden-Württemberg ist;
2. wie groß der Leerstand bei Büroflächen in den Ballungsräumen Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim/Heidelberg, Freiburg, Ulm, Heilbronn und Friedrichshafen jeweils ist;
3. inwiefern sie einen Überblick hat, wie viele Büroflächen in Baden-Württemberg seit 2021 in Wohnungen umgewandelt wurden;
4. welche Potenziale sie generell in Baden-Württemberg für die Umwandlung von Büroflächen-Leerstand in Wohnungen sieht;
5. welche Probleme aus ihrer Sicht einer Umwandlung von Büroflächen-Leerstand in Wohnungen entgegenstehen;
6. welche Konzepte sie entwickelt, um diese Hindernisse zu beseitigen;
7. inwiefern sie einen Überblick hat, wie viele Anträge es aus Baden-Württemberg für das Bundesförderprogramm "Gewerbe zu Wohnen" bislang gegeben hat;
8. wie sie die Initiative und das Förderprogramm der Bundesregierung bewertet;
9. inwiefern sie ähnliche Überlegungen für ein solches Förderprogramm für Baden-Württemberg zur Umwandlung von Büroflächen-Leerstand in Wohnungen hat;
10. wie es dabei gelingen kann, dass bei der Umwandlung auch bezahlbarer Wohnraum mit einer langfristigen Sozialbindung entsteht.

17.09.2026

Kirschbaum, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Fink, Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Seit der Corona-Pandemie hat sich das Arbeitsleben auch in Baden-Württemberg radikal gewandelt. Flächendeckendes Homeoffice ist für viele Beschäftigte inzwischen die Regel statt die Ausnahme. Dies hat auch Einfluss auf den Bedarf an Büroflächen im Land. Zunehmender Büroflächen-Leerstand ermöglicht die Umwandlung von Bürogebäuden in Wohngebäude. Die Bundesregierung hat hierfür extra ein Förderprogramm geschaffen, um diesen Trend, flächensparend neuen Wohnraum zu schaffen, zu unterstützen.

Zeit also, sich mit diesem Trend auch in Baden-Württemberg im Hinblick auf mögliche Potenziale, bestehende Hemmnisse und die Unterstützung durch die Landesregierung zu beschäftigen. Dabei muss die Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Vordergrund stehen.